

Institutionen hinsichtlich der Holocaust-Erinnerungspolitik. Den Kern ihrer Analyse bilden zwei Komponenten: einerseits eine detailliert ausgeführte Untersuchung zahlreicher, für die Policy relevanter Dokumente des Europarats und anderer europäischer Institutionen sowie von deren Mitgliedstaaten; andererseits eine große Anzahl Hintergrundgespräche (insgesamt 50). Das Forschungsdesign der Studie ist jedoch leider nicht vollständig ausgearbeitet. Die Autorin setzt sich zum Ziel, die thematischen Schwerpunkte der Holocaust-Erinnerungspolitik – die inhaltliche Politikdimension – zu analysieren. In ihrer Analyse bezieht sie jedoch unter anderem die prozessuale Dimension der Politikgestaltung ein und untersucht am Rande überdies den Konflikt der betroffenen Länder und Volksgruppen um bestimmte Deutungen der historischen Ereignissen, zum Beispiel um die Definition von „Holocaust“ beziehungsweise „Genozid“. Für eine Analyse dieser Art sind die im Einleitungskapitel beschriebenen Erinnerungspolitikkonzepte nicht vollständig ausreichend. Eine tiefergehende Ausarbeitung der Erinnerungspolitikkonzepte hätte dem Buch einen belastbareren theoretischen Rahmen verliehen. In Bezug auf die Methoden der Datenauswertung wäre es möglicherweise sinnvoll gewesen, die zahlreichen Experten- und Expertinneninterviews nicht nur als Hintergrundgespräche, sondern auch als Daten in die Analyse aufzunehmen und eine größere Anzahl von Interviews mit Expertinnen und Experten des Europarats durchzuführen. Darüber hinaus kommt der gewählte Ansatz der Grounded Theory in der Datenauswertung nicht konsequent zur Anwendung, da letztlich keine Theorie entworfen wird und die Schritte zum

Erkenntnisgewinn nicht beschrieben werden. Es wäre daher einer Überlegung wert gewesen, an dieser Stelle eine qualitative Inhaltsanalyse oder gar eine Diskursanalyse durchzuführen.

Nichtsdestotrotz gibt die vorliegende Studie mit ihrer umfassenden, geradezu enzyklopädischen Analyse wertvolle Orientierung zu den institutionellen Orten, den thematischen Schwerpunkten sowie den Prozessen der Holocaust-Erinnerungspolitik in Europa im Allgemeinen und im Europarat im Speziellen. Das Buch ist sowohl für ein breites Publikum, als auch für Studierende sowie Forscherinnen und Forscher im Feld der Holocaust-Erinnerungspolitik empfehlenswert. Es eignet sich überdies für Policy-Maker, da es einen Überblick über die verschiedenen europäischen Institutionen hinsichtlich der Holocaust-Erinnerungspolitik verschafft und dadurch Möglichkeiten zur Kooperation zwischen den Institutionen aufzeigt. Mit ihrem Buch leistet *Elisabeth Kübler* einen bedeutenden Beitrag zum wissenschaftlichen Diskurs und zu den öffentlichen Debatten über die Grundlagen der europäischen Erinnerungspolitik. Eine sinnvolle Fortsetzung dieses Buches wäre eine Studie zur Umsetzung der Holocaust-Erinnerungspolitik des Europarates.

Lina Klymenko

Lemke, Mathias (Hrsg.). *Die gerechte Stadt. Politische Gestaltbarkeit verdichteter Räume*. Stuttgart. Franz Steiner Verlag 2012. 208 Seiten. 39,00 €.

„Die Stadt erscheint nicht nur als der verdichtete Raum menschlichen Lebens. Sie ist angesichts des Zusammenstreffens von natürlicher Fragilität oder Komplexität auf der einen und einer

immer stärkeren quantitativen Ausdehnung auf der anderen Seite auch die politische Aufgabe des 21. Jahrhunderts“ (12). Zur Fundierung dieser Aussage werden vom Herausgeber weltweite Beispiele gegeben, die den Problemdruck durch die Dichte des Zusammenlebens veranschaulichen. In diesem Sammelband soll der Frage „nach der politisch gelungenen Gestaltung“ der Stadt nachgegangen werden (13). Die Bewertung fällt dabei „notwendig kontrovers“ aus (ebenda). In einer ersten Literaturanalyse wird die nicht gerechte Stadt als lebensfeindlich durch zu große Nähe charakterisiert (15). Der Herausgeber sieht die Stadt als „empirisch erfahrbare [...] Anwendung von Sicherheits- und Herrschaftstechniken [...]. Sie erweist sich als Katalysator des Politischen“ (16). Die Gerechtigkeit soll bei den Analysen als normative und ad hoc konkretisierbare Leitkategorie fungieren. Dabei geht der Herausgeber zweifellos einen innovativen Weg. Dies ist auch dadurch bedingt, dass sich die Autoren aus verschiedenen Wissenschaftsgebieten der Stadt nähern. *Lemke* geht es um eine gegenwartsdiagnostische „Verzahnung von Empirie und Theorie“ (17).

Zur Fundierung der Thematik dienen die Beiträge von *Matthias Möhring-Hesse* und *Daniel Kuchler*. Welche Rolle das normative Leitbild „gerechte Stadt“ in der Theoriediskussion spielt, wird von *Möhring-Hesse* aufgezeigt (26ff.). *Kuchler* zieht Analysen bedeutender Philosophen zur griechischen Polis heran. Die Mehrzahl der Beiträge ist von Stadt-, Raumplanern und Soziologen verfasst. Bei *Möhring-Hesse* sowie in den Beiträgen zu den Gegenwartsdiagnosen (2. Teil des Bandes) werden Befunde, die auf Ungerechtigkeiten beziehungsweise Ungleichheiten

hinweisen, an vielfältigen Beispielen verdeutlicht.

Die theoretische Debatte vom einzelnen Menschen her zu beginnen, ist weitschweifig. Platons *Politeia* dient als Ausgangspunkt. Die individuelle Gerechtigkeit ist angewiesen auf die gerechte Polis. „Die Wohlgeordnetheit der Seele sicherzustellen bedeutet im sozialen Kontext [...] der eigenen sozialen Bestimmung zu folgen, also das „Seinige“ zu tun. Damit dies aber möglich ist, muss in der Polis jedem die „seinige“ Aufgabe zufallen“ (53). Das Konzept der Gerechtigkeit ist somit ein soziales Konzept, das in der Stadt verwirklicht werden muss. Ohne Gerechtigkeit droht das soziale Leben zusammenzubrechen. Die Philosophenrepublik, die das verhindern soll, wird nicht nur von Hannah Arendt als undemokratisch (totalitär oder zumindest autoritär) bezeichnet (56ff.). Aber bei der langfristigen Betrachtung kommt *Kuchler* zu dem Ergebnis, dass hier neue Elemente des politischen Denkens als wichtige Grundbedingungen für Politik in der Polis enthalten sind: die Handlungsfähigkeit des Menschen und das Zusammen-Handeln (62). Damit wird das mystische Verständnis der Welt überwunden. Auch der Dialog mit offenem Ausgang erscheint als Fortschritt, wenngleich hier Ungleichgewichte in der Durchsetzung der Argumente zu beachten sind. Das Idealbild einer „gerechten Stadt“ verlangt politisch gleichberechtigte Bürger. Aber wie „ein größtmögliches Niveau von politischer Partizipation der Stadtbevölkerung“ (43) zu erreichen ist, das dann als „gerecht“ bezeichnet werden kann, wäre sicherlich einer intensiveren Diskussion wert.

Das Arbeiten an einer demokratischen Welt durch die Auseinandersetzung mit

den Lebensbedingungen in der Stadt ist der Schwerpunkt der Darlegungen von *Florentina Hausknotz*. Dabei geht es ihr vor allem darum, gemeinsam freier zu werden. Hier denkt sie vor allem an die Entorganisation der gegebenen Umstände (76), also ein Handeln, „das erst im Aneignen und Umformen passiert.“ (78). Damit beschreibt sie eine ziemlich weit in die Zukunft weisende und gleichzeitig eher utopische Perspektive, die allenfalls in der Kleinräumigkeit eine Chance auf kurzfristige Realisation hat. Die anvisierten, teilweise beängstigenden Aktionen reichen über die in demokratischen Systemen üblichen weit hinaus. Kann das zu Orten des friedlichen und produktiven Zusammenseins führen, also zu einer immer wieder neu zu bestimmenden Gerechtigkeit?

Der Kern der heutigen Demokratie ist ihre Organisiertheit. Diejenige der heutigen Stadt unterscheidet sich wesentlich von der Polis, so dass die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger und Einwohner viel weiter ausdifferenziert und die Entscheidungsprozesse und damit die Machtkonstellationen viel komplizierter sind. Im Beitrag von *Andrej Holm* werden einige Arbeiten, die es in der Stadtforschung dazu gibt, besprochen und dabei einzelnen Forschungsperspektiven zugeordnet. Dabei geht es allerdings vor allem um Arbeiten aus der Soziologie. Soziologen sind in der Problemanalyse stark. Hier wird aber eher einseitig der politökonomische Erklärungszusammenhang für die Herausbildung der Sozialstrukturen und deren Veränderungen herangezogen. Die Ökonomie begrenzt zwar das Steuerungspotential. Kommunale Handlungsmöglichkeiten werden nur kurz unter der Überschrift „Auf dem Weg zur unternehmerischen Stadtpoli-

tik“ analysiert (106ff.). Vor allem wird überwiegend die „Stadt“ als Akteur gesehen. Wenn der Fokus kaum auf die gewählten Entscheidungsträger in der Stadt gerichtet ist, die kraft ihres Amtes nach Konflikten um Bewertungsfragen das Ziel der Gerechtigkeit bei jeder politischen Entscheidung durch Kompromiss neu definieren müssen, fehlt eine wichtige Dimension. Beim Druck mächtiger Investoren auf die Stadtentwicklung mag das Gerechtigkeitsziel aus dem Blickfeld geraten.

Weitere Beiträge befassen sich mit dem demographischen Wandel und der Sicherheit in der Stadt. Zur altersgerechten Stadt gibt *Ina Voelcker* fundierte Hinweise darauf, welche Herausforderungen auf die Städte zukommen. Es gibt sicherlich einen breiten Konsens über das Spektrum von zu ergreifenden Maßnahmen, die hier als Empfehlungen unter anderem von internationalen Organisationen (123f.) und Modellen vorgestellt werden. Dennoch besteht die Notwendigkeit, diese zu bewerten und dabei Prioritäten zu setzen. Die Informationen zum Leben von älteren Menschen in Privathaushalten bieten viele Anregungen, gehen aber teilweise über kommunale Steuerungsmöglichkeiten hinaus (128ff.). Das Problem der Sicherheit wird in Kompetenzabgrenzung und Zusammenarbeit zwischen Städten und Ländern von *Jens Laufer* vorgestellt. Es geht also um die Institutionenstruktur (am Beispiel Nordrhein-Westfalens) und Entscheidungsprozesse im Mehrebenensystem, die Orte der Aktivitäten und die Instrumente, einschließlich derer, die auch die Bürger (149f.) und private Wachdienste einbeziehen. Der Verfasser geht von der zunehmenden Bedeutung der Kommunen im Zuge eines Wandels des Sicherheitsbedürfnisses

aus (146ff.). Weiterhin beschreibt er die Ordnungspartnerschaften, die sich auch Ebenen übergreifend herausbilden (155f.). Dabei wählt er einen politikwissenschaftlichen und politikfeldspezifischen Zugriff. Allerdings gerät hier das Problem der Gerechtigkeit bei der Bearbeitung aus dem Blick und spielt allenfalls immanent eine Rolle (161). Die Beteiligung „der Bürger“ dürfte gerade im Politikfeld Sicherheit nicht unbedingt „Gerechtigkeit“ hervorbringen, sondern auch Lobbyismus zugunsten der eigenen Sicherheit artikulationsfähiger Bürger unter Benachteiligung der Nichtbeteiligten.

Die Defizite zur Diskussion um Gerechtigkeit in diesem Band werden endlich im Beitrag von *Uwe Altrock* zur gerechtigkeitsorientierten Stadtentwicklungspolitik angegangen. In der Demokratie geht es um Gleichheits- und Freiheitsrechte, Selbstbestimmung und die Achtung unterschiedliche Präferenzen (169). Da die zur Verfügung stehenden Mittel begrenzt sind, spielen bei deren Verteilung Bewertungen eine wichtige Rolle. Im einzelnen werden treffende Beispiele zusammengetragen, die verdeutlichen, wie Entscheidungen über Änderungen bei Flächennutzungen, Infrastrukturvorhaben und Aufwertungen von Gebieten durch Fördermittel Ungerechtigkeiten für einzelne Bevölkerungsgruppen schaffen, langfristig aber unter Umständen für die gesamte Stadt einen Nutzen erbringen können. Es stellt sich dann die Frage, ob nicht nur Bevölkerungsgruppen mit hohem Bildungsstand im Prozess angemessen zu Wort kommen konnten. Denn auch die gewählten Repräsentanten haben besonders ihre Wähler im Blick.

Während der Herausgeber und die Mitautoren den Problemdruck in den Städten verdeutlichen und die Regelungsbe-

dürftigkeit unter der Leitidee der Gerechtigkeit propagieren, stellt sich die Frage nach den Handlungsmöglichkeiten der Städte. Wie anhand der einzelnen Beiträge aufgezeigt wurde, sind Aussagen zu Entscheidungsprozessen – wenn überhaupt vorhanden – eher sehr oberflächlich. Hier muss der Aufsatz von *Lauffer* als Ausnahme erwähnt werden. Der Beitrag von *Altrock* verschafft verspätet mehr Klarheit darüber, was in der Stadtentwicklung unter Gerechtigkeit zu verstehen ist. Muss also im letzten Artikel von *Christa Reicher* wirklich noch die Frage gestellt werden, was Gerechtigkeit innerhalb der Stadt ist? Vielmehr erscheint eine andere ihrer Fragen angemessen: Wer entscheidet, was gerecht ist (189)? Dies entscheiden nicht nur Stadtbauer, Architekten und Planer. Der Band bietet vielfältige Beispiele. Aber die vom Herausgeber gewünschte Verzahnung von Theorie und Empirie ist kaum gelungen.

Hiltrud Naßmacher

Sammelrezension

Kodalle, Klaus-Michael, und Johannes Achatz (Hrsg.). *Populismus – unvermeidbares Element der Demokratie?*. Reihe Kritisches Jahrbuch der Philosophie. Beiheft 12/2012. Würzburg. Königshausen & Neumann 2012. 113 Seiten. 19,80 €.

Mudde, Cas, und Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hrsg.). *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?* Cambridge. University Press 2012. 257 Seiten. 99,00 \$.

„Populismus“ war in den letzten Jahren das Thema zahlreicher Tagungen, was häufig dazu geführt hat, die Ta-